

**Annoncen:**  
**Annahme-Bureau:**  
 In Posen  
 außer in der Expedition  
 bei Krupski (C. H. Ulrich & Co.)  
 Breitenstraße 14;  
 in Gnesen  
 bei Herrn Th. Spindler,  
 Markt u. Friedländer-Adel;  
 in Grätz bei Herrn F. Streifand;  
 in Frankfurt a. M.:  
 G. F. Danne & Co.

# Posener Zeitung.

Vierundsechzigster Jahrgang.

**Annoncen:**  
**Annahme-Bureau:**  
 In Berlin, Hamburg,  
 Wien, München, St. Gallen:  
 Rudolph Hoffe;  
 in Berlin, Breslau,  
 Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,  
 Wien u. Basel:  
 Haasenstein & Vogler;  
 in Berlin:  
 A. Reimer, Schosslar;  
 in Breslau: Emil Kahl.

Nr. 247.

Mittwoch, 31. Mai

1871.

## Telegraphische Nachrichten.

**Versailles, 30. Mai.** Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret Thiers' vom 29. Mai, welches die Entlassung von Paris und Auflösung der Nationalgarde des Seine-Departements anordnet. Eine Proclamation Mac Mahons vom 28. Mai lautet: Einwohner von Paris! Die Armee Frankreichs ist gekommen, um euch zu retten. Paris ist befreit. Unsere Soldaten nahmen um 4 Uhr die letzten Insurgentenpositionen. Heute ist der Kampf beendet. Ordnung, Arbeit und Sicherheit werden wiederkehren. — Pariser Briefe von gestern Abend bestätigen, daß die Stadt vollkommen ruhig ist; die Bevölkerung die Arbeit wiederaufnahme und von den Soldaten mit freundlichen Zurufen begrüßt werden. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen werden ohne Widerstand unangesehen vorgenommen.

(Vorstehende Depeschen wiederholen wir, weil sie nicht in allen Exemplaren der gestrigen Ausgabe Aufnahme gefunden haben.)

**Dresden, 30. Mai.** Dem „Dresdener Journal“ zufolge hat die ständige Deputation des Juristentages gestern in Leipzig beschlossen, den Juristentag zum 28. August nach Stuttgart einzuberufen.

**Frankfurt a. M., 29. Mai.** Generalstabschef Graf Moltke ist gestern Abends hier eingetroffen und im Hotel „Westendhall“ abgestiegen. Heute Vormittags 10½ Uhr reiste Graf Moltke nach Straßburg weiter.

**Köln, 30. Mai, früh.** Die Post aus London vom 29. d. Mitt. früh ist ausgeblieben.

**Bern, 29. Mai.** Der Bundesrath beschloß heute in Betreff der Pariser Flüchtlinge, welche an den Ereignissen der letzten Tage Theil genommen haben, von allgemeinen Maßregeln abzuweichen; dagegen jeden einzelnen Fall zu untersuchen, gemeinen Verbrechen das Asylrecht zu verweigern und solche auf Verlangen auch auszuliefern.

**Bern, 30. Mai.** Der Bundesrath hat heute eine geheime Sitzung gehalten. Die in derselben gefassten Beschlüsse sind nicht veröffentlicht worden. Wie berichtet wird, soll die Verhaftung Felix Pyats und Pascal Groussels, die sich angeblich in Genf befinden, beschlossen worden sein.

**Versailles, 29. Mai.** In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gelangte die Angelegenheit der Kapitulation von Metz zur Berathung. Eine ausführlichere Depesche als unsere gestrige, meldet darüber:

General Changarnier erinnert an die Ereignisse, welche dem Rückzuge der Armee nach Metz vorangingen und macht dem damaligen Generalen ob der Vorwurf der Unentschlossenheit und des Zeitverlustes, wodurch die völlige Einschließung von Metz ermöglicht worden sei. Die Hungersnoth allein habe die Armee außer Stand gesetzt, Widerstand zu leisten. Changarnier erinnert daran, daß er in Folge eines Beschlusses eines Kriegsrathes am 24. Oktober als Parlamentär ins deutsche Land gesandt wurde, um freien Abzug der Armee nach Algerien zu verlangen. Prinz Friedrich Karl habe nach einer Weisung aus Versailles den freien Abzug eines beliebig zu bestimmenden Bataillons nach Algerien angeboten, eine Bedingung, die so ehrenvoll sie auch war, doch nicht angenommen wurde. General Changarnier fügt hinzu, Bazaine habe kein Glück gehabt, die Uebergabe von Metz sei aber weder vorbereitet, noch eine freiwillige gewesen. Changarnier bittet schließlich die Versammlung, sie möge nicht zugeben, daß ein gefälschter Bericht auf Männern lasse, welche stets ruhmvolle Generale gewesen seien. Thiers erklärt, es mache ihn glücklich zu sehen, daß Changarnier die Vertheidigung eines der tapfersten Kriegsmänner übernommen habe, er schließe sich der Ansicht an, es sei eine Untersuchungskommission einzusetzen, wie dies von sich selbst gefordert worden sei; er überlasse die Entscheidung darüber jedoch der souveränen Versammlung. General Fésio erklärt, es sei formelles Geseß, daß jeder Corpskommandant, welcher einen festen Platz übergibt, vor ein Kriegsgericht gestellt werde und er werde die ihm als Kriegsminister obliegende Pflicht hinsichtlich der Kapitulationen von Metz, Sedan, sowie der übrigen Festungen, erfüllen. Nach einigen Bemerkungen geht hierauf die Versammlung Tagesordnung über. — Audiffret-Pasquier erinnert, daß die Versammlung nicht vollständig sei, da 141 Nachwahlen erforderlich seien. Er erklärt ferner, es sei notwendig, daß die Nationalversammlung sich in ausdrücklicher Weise gegen jene Doktrinen ausspreche, welche der Grund der schädlichen Ereignisse in Paris waren, sowie daß vollständige Eintracht zwischen der Vertretung und jenem hervorragenden Manne herrsche, welcher in so ausgezeichneter Weise die ihm von der Nationalversammlung übertragenen Vollmachten zu gebrauchen verstände. Picard erwidert, es habe niemals ein Mißklang bestanden. Nachdem die materiellen Schwierigkeiten verschwunden sind, werde die Regierung selbst in 3 bis 4 Tagen der Nationalversammlung die Frage bezüglich der Neuwahlen zur Entscheidung vorlegen. — Auf Antrag Dussanfos's spricht die Versammlung den Bischöfen ihren Dank aus. — Der Antrag zur Errichtung von Denkmalen für die ermordeten Geiseln wird der Initiativkommission überwiesen. — General Trochu verlangt, daß der Antrag, die Mitglieder der Regierung der nationalen Vertheidigung in Anklagestand zu versetzen, in Erwägung gezogen werde.

**Wien, 30. Mai.** Wie die Wiener Abendblätter mittheilen, ist die Adresse des Abgeordnetenhauses heute dem Kaiser durch das Präsidium überreicht worden. Der Kaiser soll den gedachten Blättern zufolge den Präsidenten sehr ernst empfangen und in seiner Antwort entgegen dem Urtheile der Majorität des Abgeordnetenhauses die Politik des Ministeriums gebilligt haben. Der Präsident begab sich sodann zum Ministerpräsidenten, Graf Hohenwart, um eine Abschrift der Antwort des Kaisers beauftragt authentischer Mittheilung in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses zu erhalten. — Der „Volksfreund“ veröffentlicht eine an die Bischöfe gerichtete Encyclica des Papstes vom 15. d., worin derselbe das Geseß über die ihm seitens der italienischen Regierung zu gewährenden Garantien als ein Nachwort der Lüge und der Heuchelei bezeichnet, die Verletzung der päpstlichen Rechte und Freiheit hervorhebt und hiergegen protestirt. Der Papst fordert sodann die Bischöfe auf, den Beistand Gottes zu erflehen, auf daß Kirchenfriede, Völkerruhe, und die Befreiung der Feinde erzielt werde.

**Brüssel, 30. Mai.** Senat. Auf eine Interpellation erklärt der Minister des Auswärtigen, v. Anethan, die Regierung habe Victor Hugo, da sie den Brief desselben für geeignet erachtete, die Interessen des Landes zu gefährden, aufgefordert, Belgien zu verlassen. Da derselbe dies verweigerte, so habe die Regierung dem Könige einen Beschluß zur Genehmigung unterbreitet, welcher bezwecke, Victor Hugo zu nöthigen, das Land sofort zu verlassen. Der Beschluß sei vom Könige unterzeichnet worden und werde nunmehr ausgeführt werden. (Allseitige Zustimmung.)

**Genf, 30. Mai.** Eine gestern hier abgehaltene Volksversammlung zur Wahrung des Schweizer Asylrechtes beschloß, eine Adresse an den Bundesrath zu richten, in welcher das Verlangen ausgesprochen wird, daß die Mitglieder der Pariser Kommune, welche auf Schweizer Boden gebrängt werden, aufgenommen werden mögen. — Gerüchtweise verlautet, Felix Pyat sei in Carouge eingetroffen.

**London, 30. Mai.** Der Bericht des diplomatischen Ausschusses des Parlaments bezeichnet angehängt der gegenwärtigen Verhältnisse in Mitteleuropa die sofortige Reduktion der Gesandtschaften an den kleinen deutschen Höfen für nicht rathsam, glaubt jedoch, die Abschaffung einiger derselben werde sich nach dem Wegfall der gegenwärtig bestehenden Gründe dem Ministerium des Auswärtigen empfehlen. — Die „City of Baltimore“ und die „Calabria“, letztere mit 8319,000 Dollars, sind in Irland angekommen.

**Madrid, 29. Mai.** In der heutigen Sitzung der Cortes erklärte der Staatsminister auf Anfrage Castelar, Spanien werde seine Höfen Niemanden verschließen, die Regierung werde jedoch den Anforderungen Frankreichs gerecht werden und die bestehenden Auslieferungsverträge auf das Gewissenhafteste ausführen.

**Athen, 29. Mai.** Die Kammer genehmigte das Budget sämtlicher Ministerien in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage. Wegen der Abreise des Königs wird der Schluß der Kammer im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

## Brief- und Zeitungsberichte.

**Berlin, 30. Mai.** Der Ton der italienischen Presse hat sich in den letzten Wochen, was die Hauptblätter betrifft, in einem Deutschland günstigen Sinne sehr entschieden geändert. Die Neugestaltung Deutschlands, der Charakter der deutschen Nation und die Stellung Deutschlands zu Italien wird bei Weitem besser gewürdigt, als dies noch vor Kurzem der Fall war. Mehrere große Blätter in Florenz haben sich regelmäßige „Berliner Korrespondenten“ angeschafft, u. A. die „Italia nuova“, von der ehemaligen Unterrichtsminister Bagnoni redigiert und von dem das obige Lob in besonderer Maße gilt. Der Korrespondent derselben ist ein Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und zwar der Fortschrittspartei in derselben, der aber in allen auswärtigen Fragen durchweg eine nationale Gesinnung vertritt und die Politik des Reichskanzlers in diesen Fragen vertheidigt. Der Landwirthschafts-Minister hat der statistischen Zentral-Kommission eine Vorlage zur Begutachtung des periodischen Zeitraums gemacht, in welchem die über die Bodenbewegung in den 6 östlichen Provinzen und in der Provinz Westfalen in Folge von Dismembrationen, Konsolidationen u. s. w. zu sammelnden Nachrichten abzuschließen und allgemein zusammenzustellen sind. Das Landes-Ökonomie-Kollegium hat in seiner letzten Session für die Erhebung über die Ackerbau-Verhältnisse eine 10 jährige und über die Viehzählung eine 5 jährige Periode für beide Erhebungen als vollständig genügend empfohlen. Von dem Landwirthschafts-Ministerium wird jedoch der 5 jährigen Periode für beide Erhebungen der Vorzug gegeben. Beide Erhebungen sollen gleichzeitig stattfinden. — Bei dem Einzuge des Gardecorps in Berlin wird, wie man hört, jedes Bataillon des Norddeutschen Bundesheeres durch einen Mann vertreten sein.

— Fürst Bismarck ist vorgestern Nachmittag auf der Lehrter Eisenbahn nach Schönhausen gereist und wird heute Abend zurückgekehrt. — Der Generalmajor Baron v. d. Goltz ist vom Kriegshaupplatz hier angekommen. — Der Generalmajor und Inspektor der Gewerkschaften Wolff ist von seiner Dienstkreise hierher zurückgekehrt. — Der Chef des Generalstabes des Gardecorps, Generalmajor v. Dannenberg, ist in Begleitung des Hauptmanns v. Lindequist vom Generalstabe des Gardecorps vom Kriegshaupplatz hier eingetroffen, um die Vorarbeiten für die Rückkehr des Gardecorps auszuführen.

— Folgende Invaliden haben sich innerhalb 14 Tage nach ihrer Ankunft an dem gewählten Aufenthaltsorte beauftragt der Verjüngungsansprüche bei dem Bezirks-Feldwebel zu melden:

Die noch im Reserve- und landwehrpflichtigen Alter stehenden Halb-Invaliden, die auf Zeit anerkannten (Temporäre) Invaliden, die zwar dauernd als ganz invalid, aber nur auf Zeit als gänzlich, größtentheils oder theilweise erwerbsunfähig anerkannten Invaliden. Die vorkommend bezeichneten zwei Kategorien von Temporär-Invaliden haben sich in dem Jahre, in welchem ihre Pensionsaufrechnung abläuft, den Departements-Ersatzbehörden zur weiteren Untersuchung zu stellen, wozu sie eine besondere Aufforderung von dem Bezirks-Feldwebel erhalten. Wer eine solche Aufforderung innerhalb der nächsten drei Wochen nach der öffentlichen Bekanntmachung des Termins für d. s. Ersatz- oder lediglich hierzu bestimmte Geschäft seines Aufenthalts-Distrikts nicht erhalten hat, muß sich deshalb sogleich beim Bezirks-Feldwebel melden. Die Veräumung der Vorstellung eines zeitweilig als invalid oder erwerbsunfähig anerkannten Soldaten vor die Ersatzbehörden im Jahre der ablaufenden Anerkennung hat zur Folge, daß derselbe demnach entweder als pensionsberech-

tigter Invalid nicht weiter erachtet wird, oder daß beim nächstjährigen Ersatzgeschäft eine weitere Prüfung seiner Ansprüche veranlaßt wird und letztere bis dahin unberücksichtigt bleiben. Wer nach seiner Entlassung einen Versorgungsanspruch geltend machen darf, kann dies nur thun, wenn er sich damit an den Bezirks-Feldwebel, oder, falls das Landwehr-Bezirks-Kommando am Orte ist, an dieses wendet. Der Antragsteller hat die Beweisstücke, durch welche er seinen Antrag begründet oder unterstützt, mit zur Stelle zu bringen. Wer wegen Krankheit sich nicht persönlich melden kann, hat dies unter Verschreibung der Ortsbehörde über seine Marschunfähigkeit anzeigen zu lassen. Die Anträge auf Geltendmachung von Invaliden-Gehältern seitens der entlassenen Soldaten kann nur in dem Stationsorte des Feldwebels, dessenjenigen Kreises, in welchem der Berechtigte wohnt, erfolgen. Die zur Zivilverlegung anerkannten Invaliden haben sich mit ihren Wünschen wegen der Anstellung bei Zivilbehörden auf dem vorgeschriebenen Wege zu melden.

— Wie die „Köln. Zig.“ vernimmt, ist das 3. (Brandenburgische) Armeecorps vorläufig zur Besetzung der Champagne bestimmt.

— Sicherem Vernehmen nach trifft die 17. Infanterie-Division am 7. Juni in Mainz ein.

— Vor einigen Tagen haben in Ludwigshafen von den Vertretern der verschiedenen Linien-Kommissionen und den zunächst beteiligten Eisenbahnverwaltungen Berathungen wegen der Fahrdisposition für den Rücktransport der Truppen aus Frankreich stattgefunden. Zunächst ist von dem Oberkommando die Mittheilung gemacht worden, daß vorerst das 5. preussische und das preussische Gardecorps, sodann noch je ein bairisches und württembergisches Armeecorps Frankreich verlassen sollen; ferner alle noch in Feindesland stehenden Landwehren und Ersatstruppen. Vom 30. d. M. an werden täglich 6 Militärszüge Frankfurt passieren. Die Retourzüge werden zum Rücktransport der in den norddeutschen Festungen befindlichen französischen Gefangenen benutzt.

— Eine Eisenbahn-Konferenz von deutschen Bahnverwaltungsbeamten zu Ausgleichsverhandlungen mit den österreichischen Bahnen wegen der Benutzung von Eisenbahnwagen im letzten Kriege soll, wie der „Presse“ gemeldet wird, am 5. Juni in Wien zusammentreten.

— Das londoner Blatt „Echo“ meldet in einem von hier datirten Telegramm: „Belgien verweigert kraft des bei Gelegenheit eines Streites mit Frankreich promulgirten Gesetzes vom 23. Februar 1869 die Substituierung einer fremden Gesellschaft an Stelle der Ostbahngesellschaft für die Linie zwischen Gruy und Papinster, deren Betrieb Belgien eventuell selbst übernehmen will.“

— Der Abg. Hermann (Schweinfurt) stürzte am Donnerstag auf der Treppe seines Hotels und fiel so unglücklich, daß er den Arm brach.

— Wie der Rektor der hiesigen Universität bekannt macht, hat die philosophische Fakultät derselben für das Jahr 1871/72 das Padersteiner Stipendium dem Privatdozenten Dr. W. W. zu einer von demselben beabsichtigten botanischen Reise nach England bewilligt. Die Verleihung des gedachten Stipendiums für das Jahr 1872/73 wird seiner Zeit ebenfalls durch die philosophische Fakultät erfolgen.

— Die Verjüngung der deutschen Truppen in Frankreich mit Zigarren und Tabak bildet fortwährend, wie dem „Fr. Z.“ aus Nancy vom 24. Mai geschrieben wird, einen der bedeutendsten, einträglichsten Handelszweige. Dieser Handel ist monopolisirt. Die deutschen Lieferanten, mit denen Verträge abgeschlossen wurden, haben freie Einfuhr in die von und okkupirten Provinzen. Die Lieferungen sollen zwar ausschließlich nur für die deutschen Truppen bestimmt sein, da aber in Frankreich die Zigarrenfabrikation darniederliegt und das konsumierende französische Publikum Mangel an Rauchmaterial empfindet, so gehen bedeutende Massen Zigarren durch Vermittelung unserer Truppen in die Hände der französischen Zivilbevölkerung über. Ein mannheimer Konfektionier liefert nicht weniger als fünf Armeecorps mit Zigarren und Tabak. Dasselbe liefert im Durchschnitt täglich eine Million Zigarren.

— Vom 1. Juli dieses Jahres ab erscheint wieder der „Social-Demokrat“ als Partei-Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

**Brüssel, 28. Mai.** Die belgische Regierung hat bekanntlich erklärt, daß sie die Kommunisten ausliefern werde. Viktor Hugo nimmt diese Gelegenheit wahr, sich wichtig zu machen, und protestirt in der „Independance“ dagegen, daß man die Kommunisten nicht als politische Verbrecher behandeln will. „In allen Fällen“ — so schließt er sein Schreiben — „werde ich mein Gewissen für mich haben.“ Grade Hugo war es, der durch seine bekannte Proclamation der Idee einer Vernichtung der Hauptstadt unter den Massen Eingang verschaffte. In Brüssel hat Hugo's Schreiben so große Erbitterung hervorgerufen, daß man ihm in seiner Wohnung — Barricadenplatz Nr. 4 — gestern die Fenster einwarf. Es heißt, er werde abreisen oder zur Abreise gezwungen werden. Fast alle Blätter sprechen sich scharf gegen ihn aus, besonders weil er in dem Schreiben den Flüchtlingen seine eigene Wohnung als Asyl anbietet. — Die „Köln. Zig.“ will, indem sie ihren Lesern von dem Schreiben berichtet, diese nicht mit dessen Wortlaut behelligen, „so wenig wie man Hölzerlins oder Renaus verworrene Phantasieen aus der letzten traurigen Zeit ihres Lebens veröffentlicht haben möchte“, doch theilt sie der Gerechtigkeit halber mit, daß Hugo sich zwar mit dem Prinzip der Kommune, nicht aber mit ihren Handlungen einverstanden erklärt.

Einer Mittheilung aus Odessa entnimmt ein ungarisches Blatt folgende Stelle:

Der Generalgouverneur der Krim, General v. Rogebue, ist in den Ruhestand versetzt worden, Anlaß dazu gab seine energielose Haltung während der großen Verfolgung der Israeliten. Über seinen Nachfolger gehen zwei Versionen. Nach der einen wäre Großfürst Konstantin dazu auserkoren; nach der anderen würde beschlagnahmt, das Generalgouvernement Krim mit jenem des Kaukasus in der Hand des Großfürsten Michael zu vereinigen. Auf allen russischen Manifestationen am Schwarzen Meere herrscht wahrhaft fieberhafte Thätigkeit.

Aus Albanien 19. Mai. Die Pforte hatte sonst stets große Behutsamkeit in der Behandlung des raufstügenden Volkes der Albaner entwickelt. Ismail Pascha, der jetzige Gouverneur der Provinz, reist aber die



